

Simon Backovsky, M.A.

Krise des Nationsbegriffs und der Nationalismustheorie?

Diskussionsbeitrag

WS 2011/12

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Die Befunde von Otto Dann	4
3. Krise des Nationsbegriffs und der Nationalismustheorie?	5
3.1 Das Potential des Nationalismus im Vereinten Europa	6
3.2 Das Ende der Nation, des Nationalstaates, des Nationalismus...	10
3.3.... ist nicht in Sicht	12
3.4 Über die Notwendigkeit einer Nationalismusforschung im 21. Jahrhundert	13
4. Nationalismus als eine analytische Kategorie: die „Post-Klassischen“ Ansätze der Nationalismusforschung	14
4.1. Das analytische Programm von Rogers Brubaker	17
5. Schlussanmerkungen	21

1. Einleitung

Otto Dann legte in seinem Vortrag zum Thema „Nationsbegriff und Nationalismustheorie“ an der Bonner Universität am 26. Januar 2012 drei diskussionswürdige empirische Befunde dar. Erstens, der Begriff „Nation“ ist seit den 1990er Jahren in den politischen und öffentlichen Debatten der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr geläufig. Zweitens, die historische Nationalismusforschung befindet sich in einer Krise, da das wissenschaftliche Interesse an dem Forschungsgegenstand rasch abnimmt. Drittens, der Versuch, Nationalismus als eine „analytische Oberkategorie“ zu etablieren ist gescheitert. Nationalismus ist zu einem vieldeutigen „intellektuellen Modewort“ (Dann 2012) ohne Gehalt degeneriert, und sollte daher von den exakten Wissenschaften aufgegeben werden. Die folgende Studie setzt sich mit diesen Befunden auseinander und kommt ebenfalls zu drei Resultaten:

Erstens, „Nationalismus“ als eine politische Sprache, ein politisches Legitimationsprinzip, oder im weitesten Sinne ein „Weltbild“ (Max Weber) hat seine historische Wirkungskraft kaum eingebüßt. Vielmehr hat sich seine Erscheinungsform zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Teil grundlegend gewandelt. Dem „historischen“ und dem „neuen“ Nationalismus ist gemeinsam, dass er die Wahrung von wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen der nationalen Gemeinschaft zur zentralen Norm des politischen und sozialen Handelns erhebt.

Zweitens, das geringe Interesse der jüngeren Generation der deutschen Historiker an dem Phänomen des Nationalismus ist beunruhigend. In Hinblick auf das anhaltende bzw. gar steigende Gewicht der national-populistischen Akteure in der Mehrheit der Mitgliedsländer der Europäischen Union wird für eine Intensivierung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den nationalen Phänomenen plädiert. Die Analyse der Formen und der Ursachen des Nationalismus und die Einschätzung seines extremistischen Potentials in dem europäischen (und globalen) Kontext des 21. Jahrhunderts dürfen als die zentralen Aufgaben einer interdisziplinären Nationalismusforschung angesehen werden.

Drittens, obwohl die definitorischen und konzeptionellen „Verwirrungen“ innerhalb der Disziplin nicht bestritten werden können, dürfte es verfrüht sein, Nationalismus als das „analytische Oberbegriff“ aufzugeben. Hiermit wären implizit die aktuell *en vogue* gekommenen Theorien des „Post-Nationalismus“ in ihren Annahmen bestärkt, dass ein Ende

des „nationalen Zeitalters“ unmittelbar bevorsteht. Da diese Postulate kaum plausibel sind, würde die Absenz der „nationalen“ Variablen aus den theoretischen Modellen der Sozialwissenschaften zu folgenreichen analytischen Fehlschlüssen führen. Der vorliegende Diskussionsbeitrag weist auf die sog. „post-klassischen“ Theorien des Nationalismus (Özkirimli 2010; Day und Thompson 2004) hin, welche die internen Ambiguitäten der Disziplin, der Ansicht des Autors nach, erfolgreich überwinden. Die neuesten Ansätze der Nationalismusforschung werden am Beispiel des analytischen Programms ihres führenden Exponenten Rogers Brubaker veranschaulicht.

2. Die Befunde von Otto Dann

Der Begriff „Nation“ ist in der Bundesrepublik Deutschland nur noch ein Relikt einer weitgehend überkommenen politischen Sprache, welche zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und den 1960er Jahren ihre besondere Konjunktur erreichte. Sie ist unzertrennlich mit den historischen Entwicklungen infolge der explosionsartigen Nationalisierung des (gesamteuropäischen) politischen Raums seit den 1880er Jahren und insbesondere mit der nationalsozialistischen Diktatur und den politischen Deutungskonflikten um den Charakter und die Grenzen der „deutschen Nation“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbunden. Nach dem Ende der deutschen Teilung und mit der Vertiefung und Beschleunigung der europäischen Integration seit dem Beginn der 1990er Jahre scheint die Bezeichnung des deutschen Staatsvolkes als „Nation“ endgültig ihre historische Legitimationsfunktion verloren zu haben. Der Begriff ist in dem aktuellen politischen und öffentlichen Diskurs nur noch selten anzutreffen.

Zumindest ein Teil der Erklärung für die Deflation der „nationalen“ Sprache dürfte in ihrer engen assoziativen Bindung an den Begriff des „Nationalismus“ gesucht werden. Im Gegensatz zu dem differenzierteren angelsächsischen Sprachgebrauch hat „Nationalismus“ auf dem europäischen Kontinent seine eindeutig pejorative Konnotation weiterhin beibehalten. Aus dem öffentlichen Diskurs ebenfalls weitgehend gebannt, scheint die Bezeichnung „Nationalist“ oder „nationalistisch“ vorrangig als ein „symbolischer Grenzmechanismus“ (J. Armstrong) zur Demarkierung des Raumes der legitimen politischen Rhetorik und Praxis eingesetzt zu werden. „Nationalismus“ wird somit als der Oberbegriff für die historischen autoritären und kulturell-exklusiven soziopolitischen Organisationsmodelle und Praktiken begriffen, gegenüber welchen sich die demokratische, liberale und europäisch

orientierte Gesinnung der Bundesrepublik Deutschland abgrenzt bzw. konstituiert. Diese Feststellung deutet darauf hin, dass der frühe Vorschlag von Karl Dietrich Bracher, die Bundesrepublik Deutschland als eine “postnationale Demokratie“ zu denken (Bracher 1976), mit dem vorherrschenden politischen Selbstverständnis der BRD in der Epoche der beschleunigten globalen und europäischen Integration übereinstimmen dürfte.

Die geringe Relevanz der Postulate der nationalen Ideologien in der Verfassungswirklichkeit und dem politischen Alltag der BRD spiegelt sich in der akademischen Auseinandersetzung mit den nationalen Phänomenen wider. Mit dem Rückzug der nationalen Sichtweisen aus dem öffentlichen Diskurs schwindet ebenfalls das Interesse an der Erforschung des Nationalismus. Dabei tragen nicht nur historisch-kontextuelle Faktoren sondern auch fachinterne Entwicklungen dem schlechten Zustand der Disziplin entscheidend bei. Die konzeptionellen Ambiguitäten und definitorische Willkür nahmen nach (oder z.T. infolge?) der konstruktivistischen Wende der 1980er Jahre weiter zu und begründen die nahezu „babylonischen“ Zustände der aktuellen akademischen Diskussionen. Historisch überwunden und theoretisch überstrapaziert erscheint der analytische Begriff des Nationalismus – und damit implizit die Nationalismusforschung – nur wenig überlebensfähig: „Der Nationalismus als Wissenschaftsbegriff hat keine Zukunft mehr. Es bleibt der politische Nationalismus, auch als historisches Phänomen seines Zeitalters, der Epoche von 1880 bis 1960.“ (Dann 2012)

3. Krise des Nationsbegriffs und der Nationalismustheorie?

Der Ansicht des Autors nach, ist die empirische Diagnose von Prof. Dann durchaus zutreffend. Nationalismus als eine politische Ideologie, eine politische Sprache oder eine „Weltsicht“ spielen im öffentlichen Leben der BRD zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine kaum beachtenswerte Rolle.¹ Die Feststellung einer Krise der historischen

¹ Bereits eine oberflächliche Durchsicht der Internetmedien und der sozialen Plattformen zeigt deutlich, dass die Bezeichnung der „deutschen Nation“ mehrheitlich historische Assoziationen hervorruft und kaum zur Interpretation des aktuellen innen- und außenpolitischen Geschehens herangezogen wird. Die Teilnehmer des Seminars „Einführung in die Theorien des Nationalismus“ an der Bonner Universität (WS 2011/12) haben diesen Eindruck weiter bestätigt: Bereits zu Beginn des Seminars wurde die Kategorie „Nation“ mehrheitlich als „persönlich fremd“ empfunden und die nationalistischen Ansichten über das Prinzip der nationalen Loyalitäten; über die besondere Wertstellung der nationalen Kultur; oder die Idee einer „Abstammungsgemeinschaft“ wurden zumeist für gehaltlos erachtet. In der politischen Rhetorik sind national-populistische Initiativen wie u.a. die

Nationalismusforschung im Lande erscheint dem Autor ebenfalls zumindest partiell stimmend. Dabei darf allerdings eine Reihe von Arbeiten eines neueren Datums nicht übersehen werden, welche die Entwicklungen des Nationalismus aus einer komparativen gesamteuropäischen bzw. regionalen Perspektive untersuchen (siehe u.a. Beer 2004; Haupt und Langewiesche 2004; Clewing Schmitt 2005; Schulze Wessel 2006).

Sollte der Befund von Prof. Dann korrekt sein, dass die nationalen Phänomene unter der jüngeren Generation der deutschen Historiker nur wenig Beachtung finden, so darf dies als durchaus beunruhigend angesehen werden. Die gesamteuropäische empirische Perspektive des folgenden Abschnitts sollte darauf erinnern, dass im Gegensatz zu der aktuellen Situation in der Bundesrepublik Deutschland das Potential des Nationalismus – besonders im Kontext der Europäischen Einigung – auch weiterhin erheblich bleibt. Das abnehmende Interesse der deutschen Nachwuchswissenschaftler an dem Forschungsgegenstand scheint daher eher eine Folge des „methodologischen Nationalismus“ (Wimmer und Glick-Schiller 2002) zu sein, also der Tendenz (auch) bei der Untersuchung von transnationalen Phänomenen im nationalen Referenzrahmen verhaftet zu bleiben. Der nächste Abschnitt wird abschließend für eine Intensivierung der europäisch orientierten, interdisziplinären, theoriegeleiteten und komparativen Nationalismusforschung in der BRD plädieren.

3.1 Das Potential des Nationalismus im Vereinten Europa

Der Rückgang der politischen Sprache des Nationalismus deutet sicherlich auf die mangelnde Legitimität und die geringe Mobilisierungskraft einer national-populistischen Politik in der Bundesrepublik Deutschland hin. Eine Erweiterung der empirischen Analyse auf die 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union würde allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer zum Teil deutlich entgegengesetzten Feststellung führen. Der Befund eines nicht zu unterschätzenden Potentials des Nationalismus auf dem Gebiet der EU-27 scheint dabei nicht nur für die neu- bzw. wiedergegründeten Nationalgesellschaften sondern ebenfalls für die konsolidierten Demokratien im Norden und Westen des europäischen Kontinents zutreffend. Dieser wenig erfreuliche Befund wird durch die folgende, überaus skizzenhafte,

integrationspolitische Forderung Horst Seehofers (CSU) nach der Beendigung des „Multikulturalismus“ und einer Rückkehr zur „deutschen Leitkultur“ oder die Forderungen der sächsischen NPD nach einem „Reinheitsgebot“ der deutschen Verwaltungssprache nur noch relativ selten.

Bestandsaufnahme der aktuellen Erscheinungen des europäischen Nationalismus weiter substantiiert.

Mittel- und Südosteuropäischer Nationalismus

Die „demokratische Wende“ der mittelosteuropäischen sozialistischen Gesellschaften zu Beginn der 1990er Jahre wurde – wie auch die deutsche Wiedervereinigung – zum Teil in den Konzepten der nationalen Gemeinschaft legitimiert und vorangetrieben. Während allerdings in der Bundesrepublik die „Ängste vor neuem Nationalismus“ und „Skepsis gegenüber dem Projekt eines Nationalstaats“ (Dann 2012) überwogen, wurden die historischen Postulate der nationalen Ideologien in den mittelosteuropäischen Staaten (MOES) in den legitimen Diskurs der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation eingebettet. Die Mehrheit der Staatsgründungen, Sezessionsbewegungen und gewaltigen Konflikte auf dem Gebiet des ehemaligen Ostblocks und der Jugoslawischen Föderation wurde u.a. in der Sprache des historischen Nationalismus interpretiert und legitimiert (Brubaker 1996). Während in der Bundesrepublik Deutschland der Leitsatz „entweder Europa oder ein neuer Nationalismus!“ (Dann 2012) zugunsten einer kollektiven Absage den nationalistischen Weltsichten gelöst wurde, wurde in den MOES der übergreifende Konsens über die Notwendigkeit der europäischen Integration durch die Postulate des historischen Nationalismus stets erodiert:

Während die Parteien ihre positiven Repräsentationen der EU-Integration zunehmend durch eine Rhetorik der Wahrung der „nationalen Interessen“ komplementierten (bzw. ersetzten), wurden in der Öffentlichkeit diejenigen „negativen historischen Erfahrungen“ der nationalen Geschichtsschreibung revitalisiert, welche den bis *dato* überwiegenden Konsens über die historische Alternativlosigkeit der EU-Integration fundamental problematisierten. (Backovsky, i. Vorber.)

Die „Re-Nationalisierung“ des mittelosteuropäischen politischen Raums nach dem Ende der kommunistischen Blockbildung darf dabei keineswegs als bloße „Geburtswehen“ der neuen demokratischen Systeme (Venohr 1992) verstanden werden (siehe auch Wimmer 2005: S. 116). Das Mobilisierungspotential der nationalistischen Politik in den MOES und unter den EU-Beitrittsanwärtern der südosteuropäischen Halbinsel scheint auch weiterhin beachtenswert zu sein. Die bevorstehende Gründung einer national-konservativen Partei in der Tschechischen Republik; das zunehmende politische Gewicht der ungarischen *Jobbik* Partei;

die aktuellen Verfassungsänderungen in Hinsicht auf den Status der „ethnischen Ungarn“ auf dem historischen Territorium der St. Stephanskrone; die Stagnation der Transformationsprozesse in Bosnien und Herzegowina; oder die anhaltenden Spannungen infolge der Kosovo-Unabhängigkeitserklärung könnten als einige wenige der aktuellen Erscheinungen eines nicht zu unterschätzenden mittel- und südosteuropäischen Nationalismus erwähnt werden.

Nationalismus im Norden und Westen des europäischen Kontinents

Bereits seit dem Beginn der 1980er Jahre wurde in den westeuropäischen und skandinavischen Ländern das Aufkommen eines neuen Parteientypus, der sog. „*New Right*“, beobachtet. Diese Parteien setzten sich programmatisch u.a. für den Schutz der nationalen Kultur und des nationalen Arbeitsmarktes; für ein restriktives Immigrationsregime; und für die Erweiterung der Sozialleistungen für die Mitglieder der nationalen Gemeinschaft auf Kosten der „Ausländer“ (Mudde 2007; Hartleb 2011). Spätestens seit der Ratifizierung des Maastrichter Unionsvertrages (1993) wurde die national-konservative Programmatik der „*New Right*“ um das „euroskeptische“ Element ergänzt: eine Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses auf Kosten der nationalstaatlichen Souveränität wurde grundsätzlich abgelehnt. Der Populismus der „neuen Rechten“ scheint seither eine zunehmend vielversprechende politische Strategie zu sein, mit welcher die nationalen Konstituenten der Europäischen Union mobilisiert werden können. Die aktuellen Erfolge dieser Parteien in den nationalen und EP Wahlen zeigen dieses Potential deutlich auf (Tabelle 1).

**Table 3. Success of Right-Wing Populist Parties in Western Europe
(according to the latest national election results)**

Country	Political party	Date	Latest National Elections		European Elections 2009
			Results ¹	Results ²	
Norway	Progress Party (Fremskrittspartiet-FRP)	14/09/2009	22.9%	-	
Finland	True Finns (Perussuomalaiset-PS)	17/04/2011	19.0%	9.8%	
Austria	Freedom Party of Austria (Freiheitliche Partei Österreichs-FPÖ)	28/09/2008	17.5%	12.71%	
The Netherlands	Freedom Party (Partij voor de Vrijheid-PVV)	09/06/2010	15.5%	16.97%	
Denmark	Danish People's Party (Dansk Folkeparti-DF)	13/11/2007	13.9%	14.8%	
Austria	Alliance for the Future of Austria (Bündnis Zukunft Österreich-BZÖ)	28/09/2008	10.7%	4.58%	
Italy	Northern League (Lega Nord-LN)	14/04/2008	8.3%	10.2%	
Belgium	Flemish Interest (Vlaams Belang-VB)	13/06/2010	7.7%	9.85%	
Sweden	Sweden Democrats (Sverigedemokraterna-SD)	19/09/2010	5.7%	3.27%	
France	National Front (Front National-FN)	10/06/2007	4.3%	6.3%	

Sources: 1 <http://www.parties-and-elections.de>, accessed 13 May 2011; 2 European Parliament.

Quelle: Hartleb 2011, S. 14.

Es ist nur wenig überraschend, dass sich die Rhetorik der neuen national-populistischen Akteure deutlich von den politischen Repräsentationen des „Zeitalters des Nationalismus“ unterscheidet. Eugenische und genealogische Diskurse des „integralen Nationalismus“ (Hayes 1928) der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bilden ebenso wenig einen Teil ihres rhetorischen Arsenals, wie die missionarischen Visionen des quasi-göttlichen Zivilisierungs- und FührungsAuftrags, welche die konstitutiven Mythen der europäischen Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert mitbegründeten. Bereits eine flüchtige Durchsicht der Äußerungen von rechtskonservativen Parteieliten² zeigt deutlich, dass diese auf das Vokabular und die Semantik der Sprache des historischen Nationalismus weitgehend verzichten. Die Forderungen nach der Restriktion der Einwanderung, nach der Zwangsakkulturation der Ausländer oder nach einer national orientierten Sozialpolitik werden stets im Rahmen des legitimen demokratischen, multikulturell und pro-europäisch orientierten politischen Diskurses formuliert (Hartleb 2011). Diese Glanzleistung des politischen Pragmatismus darf allerdings nicht über den programmatischen Kern der Politik der „New Right“ Parteien hinwegtäuschen: Der Imperativ der Wahrung von wirtschaftlichen und politischen Interessen einer nationalen Schicksals- und Kulturgemeinschaft bleibt, trotz des

² U.a. Marine Le Penn (FN, Frankreich); Heinz Dietrich Stracher (BZÖ, Österreich); Geert Wilders (PVV, Niederlande); Timo Soini (PS, Finnland).

Wandels des begrifflichen Instrumentariums, dem „historischen“ und dem „neuen“ europäischen Nationalismus gemeinsam.

Im Lichte der geschilderten Erkenntnisse dürfte ein abnehmendes Interesse der deutschen Historiker an den nationalen Phänomenen durchaus kritisch angesehen werden. Die primäre Verankerung der Historiographie (und der Sozialwissenschaften) im nationalen Referenzrahmen ist zwar verständlich, im Zeitalter der beschleunigten Globalisierung und europäischen Integration jedoch wenig zielführend. Der Eindruck der Unverhältnismäßigkeit erhärtet sich zudem weiter, wenn die konstitutive Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses für das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland bedacht wird. Die Errichtung eines europäischen „Schutzwalls“ gegenüber einem erneuten nationalistischen Partikularismus ist zweifellos ein zentrales, auf einem gesamtgesellschaftlichen Konsens beruhendes, politisches Projekt der BRD seit den 1950er Jahren. Vor diesem Hintergrund dürfte es als eine vorrangige Aufgabe der bundesrepublikanischen Geschichtsforschung angesehen werden, die nationalistischen „Risse“ der europäischen Einigung zu beleuchten und ihre (historischen) Ursachen aufzudecken. Eine intensivierte gesamteuropäisch orientierte, interdisziplinäre und theoriegeleitete Nationalismusforschung, welche in der BRD in ihren Grundzügen sicherlich bereits ausgebildet ist (siehe Jansen und Borggräfe 2007: S. 192 f.), wäre für diese Aufgabe bestens gewappnet.

3.2 Das Ende der Nation, des Nationalstaates, des Nationalismus...

Der renommierte Historiker Eric Hobsbawm gehörte zu den ersten Wissenschaftlern, welche das bevorstehende „Ende des Zeitalters des Nationalismus“ prophezeiten. Die zunehmende globale Verflechtung der Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft führt, der Analyse von Hobsbawm nach, zu einem Funktionsverlust der nationalen Ideen als die „Hauptantriebskraft der historischen Entwicklung“ (1991: S. 194). Der „*ethnic revival*“ der 1960er und 1970er Jahre und die nationalen und ethnischen Konflikte der 1990er Jahre seien kaum als ein Siegeszug des nationalen Prinzips zu betrachten. Vielmehr ist das Wiederentflammen des Nationalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine „Reaktion der Verunsicherung“ und ein „Rückgriff auf das Vertraute“ in der Zeit einer zunehmenden Erosion des internationalen politischen und wirtschaftlichen Systems. In der neuen globalen Ordnung werden die „(...)Nationen keine zentrale Rolle mehr spielen, da die Hauptakteure in diesem Spiel

weit größere Gebilde sein werden, als die Staaten, die den typischen nationalistischen, d.h. separatistischen Bewegungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts vorschwebten.“ (*ibid.*: S. 211)

Hobsbawms These wurde begeistert aufgenommen und, nicht zuletzt im deutschen Wissenschaftsumfeld (siehe u.a. Wehler 2001), in einer Vielfalt von Spielarten reproduziert. Diesen Studien ist gemeinsam, dass sie von einem Ableben des modernen *Trinitatis* der „Nation“, „Nationalstaat“ und „Nationalismus“ ausgehen. Die Prozesse der Globalisierung erodieren die wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Grenzen der historischen Nationalstaaten, wodurch ihre innere und äußere Legitimität zunehmend unter Druck geraten wird. Die globale wirtschaftliche und politische Verflechtung sowie die Verbreitung von kosmopolitischen Weltsichten führen zum Ende des staatstragenden Nationalismus, welcher zunehmend in den Reich des „Reaktionären“ und schlussendlich des „Marginalen“ zurückgedrängt wird (siehe Day und Thompson 2004, S. 169-190). Für die gesellschaftspolitischen Erfordernisse des 21. Jahrhunderts ist das nationale Lösungsangebot jedenfalls nicht mehr geeignet.

Das föderalistische Paradigma der europäischen Integrationsforschung bedient sich in Bezug auf die „Finalitätsfrage“ der europäischen Einigung analoger Argumentationsstränge (siehe Leiß 2009, S. 111 f.). Der intensivierte Transfer der nationalstaatlichen Kompetenzen auf die supranationale Ebene der Europäischen Union, der Ausbau des gesamteuropäischen wirtschaftlichen und politischen institutionellen Gefüges und die Förderung einer transnationalen Zivilgesellschaft untergraben gemeinsam die Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsländer. Die Nationalstaaten sind daher nicht mehr in der Lage, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sowie die soziokulturelle Kohäsion der eigenen Bevölkerung zu kontrollieren. Die europäische Integration untergräbt somit die Idee der „Nation“ als eine souveräne „Kultur-“, „Schicksals-“ oder „Willensgemeinschaft“, deren freie Entwicklung durch Eigenstaatlichkeit gewährleistet wird. Durch die fortschreitende De-Legitimierung der Idee der „Nation“ werden dem „Nationalismus“ ebenfalls die Lebensgrundlagen entzogen: „Mit dem Ende des Zeitalters der Nationalstaaten, der Entstehung supranationaler Institutionen und der Ausbreitung von Zivilgesellschaften verliert der Nationalismus seine Voraussetzungen.“ (Ley 2004)

3.3.... ist nicht in Sicht

Den Postulaten der Theorien des „Post-Nationalismus“ kann eine Reihe von Analysen entgegengesetzt werden, welche die fortdauernde Zentralität der nationalen Identifikationen, das ungebrochene politische „Schwergewicht“ der Nationalstaaten und die anhaltende Konjunktur der nationalistischen politischen Praxis – sowohl im Rahmen des globalen als auch des europäischen politischen Raumes - hervorheben (u.a. Holton 1998; Day und Thompson 2002; Anderson 1998, S. 12f.; Wimmer et al. 2009; 2008; Brubaker 2002; Leiß 2009: S. 116 f.). Ihre Argumentation wird u.a. durch die vergleichende europäische Parteienforschung untermauert, welche den geringen Einfluss der „Europäisierung“ auf den nationalen Politikbetrieb feststellt (siehe Mair 2001); die Wahlen in das Europäische Parlament als „*second order elections*“ bezeichnet(Van der Eijk und Franklin 1996; Reif und Schmitt 1980; Steenbergen und Scott **XX**); das geringe öffentliche Informationsgrad über das europäische Projekt hervorhebt (siehe u.a. Hughs et al. 2002; Fallend 2008) und eine dürftige Verankerung der europäischen Themen in den Programmen der nationalen Parteien konstatiert (Batory 2009, S. 224; Lees 2002; siehe auch Bulmer 1980). Die grundlegenden Ansichten dieser Werke werden in der frühen Intervention eines namhaften deutschen Historikers eloquent zusammengefasst:

Die Europäische Union bietet kein Gegenmodell zur Wiedergeburt von Nationalismus und Nationalstaat alter Art aus den Trümmern der sowjetischen Weltmacht. Die EU hat zwar zahlreiche klassische nationalstaatliche Kompetenzen übernommen, den Nationalstaat als vorrangige Ordnungsmacht im Leben des einzelnen Bürgers jedoch bislang in keiner Weise verdrängen können(...) Sicher scheint zur Zeit nur eines: Der Verfall des supranationalen Sowjetimperiums ließ den längst totgeglaubten Nationalismus erneut zur schlechthin überlegenen Gestaltungskraft werden. Dies eine bloße Renaissance von Nationalismus und Nationalstaat zu nennen, wie man immer wieder lesen kann, ist wohl doch zu wenig. Denn es entstehen ja nicht nur alte Nationalstaaten wieder, deren nationale Identität von der supranationalen sowjetischen Zwangsordnung und ihrer universalistischen Ideologie offensichtlich nicht zerstört werden konnte. Es bilden sich auch neue Nationalstaaten, die es nie gegeben hat - früher in der Vergangenheit, wenngleich sie sich nun alle auf die Geschichte berufen, als Legitimation für ihre nationalstaatlichen Sehnsüchte. (Langewiesche 1994)

Im Hinblick auf die oben angeführte überwältigende empirische Beweislast für Langewiesches Argumentation kann – in Abgrenzung zu den Postulaten der Theorien des „Post-Nationalen“ – festgestellt werden, dass das „Ende des Zeitalters des Nationalismus [...]

nicht im Entferntesten in Sicht“ ist, da das „Nation-Sein [auch weiterhin] der am universellsten legitimierte Wert im politischen Leben unserer Zeit“ bleibt (Anderson 1998: S. 12 f.). Dies einzusehen heißt nicht zu bestreiten, dass die nationalen „Weltbilder“ nicht stets mit gleicher Intensität die „Bahnen“ bestimmen, in denen die „Dynamik der (politischen) Interessen das Handeln fortbewegt“ (Weber 1963: S. 252). Die Irrelevanz der nationalen politischen Sprache in der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür ein deutlicher Beweis. Festzuhalten bleibt jedoch, dass solange das „Nation-Sein“ als das „am universellsten legitimierte“ politische Wert der globalen Gesellschaft fortbesteht, ist ein Wiedererstarken des Nationalismus bzw. seiner exklusiven und extremen Spielarten nicht nur denkbar sondern wahrscheinlich. Das Weg-Denken der nationalen Phänomene aus der soziopolitischen Realität birgt daher, so das folgende Argument, weitaus schwerwiegender Gefahren, als die eines wissenschaftlichen Fehlurteils.

3.4 Über die Notwendigkeit einer Nationalismusforschung im 21. Jahrhundert

In dem unwahrscheinlichen Fall, dass die Theorien des „Post-Nationalismus“ zu einem dominanten Forschungsparadigma aufgewertet werden sollten, wären die sozialen Wissenschaften einer ihrer gewichtigsten Erklärungsvariablen beraubt. Von den vernichtenden Folgen für die allgemeine Theoriebildung einmal abgesehen, dürfte damit auch in der Zukunft die Möglichkeit vertan werden, den politischen Akteuren plausible Lösungskonzeptionen in akuten Krisensituationen zu unterbreiten. Dieses Argument ist keineswegs banal oder „moralistisch“: Die Konsequenzen einer wissenschaftlichen Fehleinschätzung des andauernden Potentials des Nationalismus wurden zuletzt in den 1990er Jahren deutlich. Die soziale und historische Forschung wurde von dem Wiederentflammen der nationalen Konflikte im Südosteuropa derart überrascht, dass sie zuerst den populären journalistischen und politischen Interpretationen des Jugoslawien-Krieges als eine Folge des „historischen Hasses“ und der „Gewaltkultur der Balkanvölker“ nichts entgegenzusetzen hatte. Dadurch trugen die Akademiker zu der Ambivalenz und dem geringen Urteilsvermögen der europäischen politischen Eliten bei der Lösung der südosteuropäischen *Nationalitätenfrage* bei. An die katastrophalen Folgen der Balkanpolitik der Europäischen Gemeinschaft muss an dieser Stelle nicht weiter erinnert werden.³

³ Analoge Ratlosigkeit befiel die soziale und historische Forschung in den 1960er und 1970er Jahren, als die Vertreter der „Konvergenzthese“ des modernistischen Paradigmas mit dem Aufkommen des ethnonationalen Separatismus in den demokratischen Industriegesellschaften wie auch mit den gewaltigen Konflikten in den

Der Vorschlag von Prof. Dann, Nationalismus als eine analytische Kategorie zu verwerfen, scheint daher im Hinblick auf die obige Diskussion verfrüht. Eine „Entwissenschaftlichung“ des Begriffs würde zur Unterschätzung des anhaltenden empirischen Gewichts der nationalen Phänomene und (implizit) zur Aufwertung der „Theorien des Post-Nationalismus“ führen. Das Augenmerk der Sozialwissenschaften würde noch weiter von den konstitutiven nationalen Elementen der globalen soziopolitischen Organisation und Praxis rücken. Die wahrscheinlichen Folgen wären weitreichende analytische Fehlschlüsse und, *ipso facto*, die Unfähigkeit, tragende politische Lösungsangebote für die auch weiterhin bevorstehenden nationalen und ethnischen Konfliktsituationen zu produzieren.⁴

4. Nationalismus als eine analytische Kategorie: die „Post-Klassischen“ Ansätze der Nationalismusforschung

Obwohl es verfrüht sein dürfte, den analytischen Begriff des Nationalismus aufzugeben, sind die definitorischen und konzeptionellen „Verwirrungen“ innerhalb der Disziplin nicht von der Hand zu weisen. Bereits die Vielfalt an ontologischen Positionen⁵ sowie an konkurrierenden Forschungstraditionen⁶ deutet auf die gewaltigen Herausforderungen hin, ein derart vielschichtiges und heterogenes Untersuchungsgegenstand zu systematisieren und theoretisch zu erfassen. Die regionalen und zeitlichen Unterschiede in den Entstehungsbedingungen und den Erscheinungsformen der nationalen Phänomene erschweren zudem jegliche Versuche der theoretischen Generalisierung. So kann mit Andreas Wimmer argumentiert werden, dass jede theoretische Position durch eine Vielzahl von empirischen Beispielen sowohl bestätigt als auch widerlegt werden kann (Wimmer 2008).

Wie kann der Nationalismus-Begriff im Angesicht derart gravierender Probleme für den rigorosen Wissenschaftsgebrauch bewahrt werden? Die Diagnose von (u.a.) Otto Dann und

postkolonialen Staaten konfrontiert wurden. Ihr Einfluss auf die Gestaltung der politischen Lösungskonzeptionen war dementsprechend ebenfalls minimal. Auch in diesem Fall dürften die „Kosten“ für den mangelnden Realitätssinn der politischen Eliten zumindest partiell den sozialen Wissenschaften angerechnet werden.

⁴ Der Autor möchte nicht den Eindruck erwecken, dass er den potentiellen Einfluss der Sozialwissenschaften auf die politischen Entscheidungsprozesse überschätzt. Er möchte allerdings die These wagen, dass institutionell etablierte, international vernetzte und wirtschaftlich wohl ausgestattete Forschungsgemeinschaften die Inhalte der politischen Projekte wie auch die öffentliche Meinung durchaus entscheidend mitprägen können. Die aktuelle öffentliche Dominanz der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften scheint diese These durchaus zu bestätigen.

⁵ Rationalismus, Essentialismus, Konstruktivismus, Primordialismus etc.

⁶ Instrumentalismus vs. Primordialismus; Situationalismus vs. Perennialismus; Ethnosymbolismus vs. Modernismus etc.

Miroslav Hroch wird von den neuesten Ansätzen der Nationalismusforschung geteilt, ohne dass diese „Nationalismus“ als den analytischen Oberbegriff verwerfen (siehe Day und Thompson 2002). Es ist die Überzeugung des Autors, dass diese Arbeiten durchaus in der Lage sind, die definitorischen Ambiguitäten zu lösen und Nationalismus zu einer ertragreichen analytischen Kategorie zu etablieren. Um diese Ansicht zu substantiiieren, sollen die Hauptpostulate und das analytische Programm der aktuellen Ansätze im Folgenden zumindest knapp dargelegt werden.

Die sog. „post-klassischen“ Theorien des Nationalismus (u.a. Özkirimli 2010; Brubaker 2006; 2004; Wimmer 2002, 2008; Calhoun 1997) können als eine Weiterentwicklung der früheren modernistischen und konstruktivistischen Analysen angesehen werden. Sie lehnen die essentialistischen Sichtweisen grundsätzlich ab und überwinden zugleich die bekannten Probleme eines rein konstruktivistischen Zugangs, indem sie die materiellen Aspekte⁷ der sozialen Konstruktionsprozesse mit berücksichtigen. Sie betrachten Nationalismus primär als eine „diskursive Formation“ oder eine politische Sprache (Calhoun 1997; Özkirimli 2010; Brubaker 2006), deren allmähliche Verbreitung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts schlussendlich zur Umgestaltung der globalen soziopolitischen Organisation gemäß der „nationalen“ Weltsicht geführt hatte:

This reinterpretation has been made possible by the spread of new political and cultural language "nationalism", leading to profound reconceptualization of identity and principles of vision and division of social world. This new political language was spread eastwards in geographical space, from cities to land, and downwards in social space. (Brubaker 2006, S. 143 f.)

Die neuen Theorien des Nationalismus fokussieren die sozialen bzw. politischen Konstruktionsprozesse, welche der Entstehung, Fortexistenz und dem Wandel der „Nationen“ als „vorgestellte Gemeinschaften“ (Anderson 1983) zugrunde liegen. Sie beleuchten insbesondere die Weise, auf welcher die Interpretationen der „Nation“ in der alltäglichen politischen und sozialen Praxis formuliert, verbreitet, institutionalisiert, reproduziert und verändert werden (siehe Day und Thompson 2004). Anstatt die langfristigen Kontinuitäten und die Homogenität der nationalen Kulturen anzunehmen, betonen sie den umstrittenen und den dynamischen Charakter der jeweils vorherrschenden Vision der nationalen Gemeinschaft:

⁷ Vor allem die Rolle der strukturellen Faktoren wie Institutionen und die sozialen Hierarchien.

„....the static notion of ‘culture’ as a coherent, harmonious whole is replaced by more fluid and dynamic interpretations which treat culture as a deeply contested concept whose meaning is continually negotiated, revised and reinterpreted by successive generations and by various groups that are presumed to make up the ‘national’ society. In this view, culture is not divorced from social fragmentation and discrimination on the basis of class, gender, sexuality, ethnicity, place in the life cycle, hence from hierarchies of power; it is more often not what people share, but what they choose to fight over“ (Eley and Suny 1996: S. 9).

Die „post-klassischen“ Autoren sind bemüht, in den intensiven Diskussionen über die Determinanten der Nationsbildung zwischen den Verfechtern des „Primats der Politik“ und des „Primats der Kultur“ zu vermitteln.⁸ Das kausale Grundgewicht der Interessen und der Handlungen der politischen Eliten, welche die Kontrolle über die Institutionen und die Ressourcen des modernen Staates anstreben, kann demnach nur schwerlich bestritten werden. Allerdings ist ebenfalls der Einfluss der historisch konstituierten kollektiven Deutungsmuster auf die Wahrnehmungen der Eliten und der „allgemeinen Bevölkerung“ nicht außer Acht zu lassen. Damit folgen die aktuellen Ansätze dem berühmten *Diktum* von Eric Hobsbawm, dass Nationen als duale Phänomene zu analysieren sind:

Aus diesem Grund sind Nationen nach meinem Dafürhalten Doppelphänomene, im wesentlichen zwar von oben konstruiert, doch nicht richtig zu verstehen, wenn sie nicht auch von unten analysiert werden, d.h. vor dem Hintergrund der Annahmen, Hoffnungen, Bedürfnisse, Sehnsüchte und Interessen der kleinen Leute, die nicht unbedingt national und noch weniger nationalistisch sind. (Hobsbawm 1991: S. 21 f.)

Ein prägendes Markenzeichen der „post-klassischen“ Ansätze ist es weiterhin, dass sie die Möglichkeit bestreiten, eine allumfassende „*Grand Theory*“ des Nationalismus zu produzieren. Stattdessen wird die Vielfalt der ideellen, sozialen und politischen Erscheinungsformen der nationalen Ideen sowie ihrer Ursachen und Effekte betont und analysiert. Die *single-factor* Erklärungen des Nationalismus, wie sie von den „klassischen“ modernistischen oder ethnosymbolischen Theorien angestrebt wurden⁹, werden zugunsten eines differenzierten Zugangs und einer auf die Erklärung des Einzelfalls gerichteten historischen empirischen Analyse aufgegeben.

⁸ Für den berühmten Austausch über die Rolle der Eliten und der ethnischen Kulturen bei der pakistanischen Staatsgründung zwischen Paul Brass und Francis Robinson siehe (Brass 1977, 1979; Robinson 1977, 1979).

⁹ U.a. Industrialisierung, moderne Staatsbildung, ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft; Zerfall der traditionellen politischen und kulturellen Weltinterpretationssysteme; ethnische Kulturen; genetisch verankerte primordiale Bindungen oder evolutionsbedingte Tendenzen zur Gruppenbildung;

Die vorausgehende Übersicht der aktuellen Theorien des Nationalismus erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit und dient lediglich einer ersten Annäherung an die aktuellen theoretischen Entwicklungen des Forschungsfelds (siehe u.a. Özkirimli 2010; Wimmer 2002; Calhoun 1997). Für die vorliegende Diskussion scheint die Arbeit des führenden Exponenten der „post-klassischen“ Theorien, Rogers Brubaker, besonders relevant zu sein. Brubaker begründet sein analytisches Programm auf einer umfassenden Kritik der bisherigen analytischen Praxis der Nationalismusforschung und es ist sein expliziter Anspruch, die konzeptionellen Ambiguitäten der Disziplin durch die Entwicklung einer innovativen analytischen Sprache zu überwinden.

4.1. Das analytische Programm von Rogers Brubaker

Rogers Brubaker führt die definitorischen und konzeptionellen Missstände der Nationalismusforschung auf die allgemeine Tendenz der Sozialwissenschaften zurück, die Existenz der „Nationen“ als soziopolitische „Gruppen“ nicht zu hinterfragen. Die soziale „Konstruktion“ der Nation wurde in den meisten Fällen lediglich in den konstitutiven Phasen der Nationsbildung analysiert, i.e. mit der „Entstehung der Nationen“ gleichgesetzt. Die Fortexistenz der nationalen Gemeinschaften wird zu oft als ein „ontologischer Fakt“ hingenommen, welcher keiner weiteren wissenschaftlichen Untersuchung bedarf (Siehe auch Wimmer und Glick-Schiller 2002). Infolge dessen ist die *substantialistische* Sprache der „nationalen Gruppen“¹⁰ auch weiterhin in der Wissenschaftspraxis weit verbreitet und dies hat schwerwiegende Konsequenzen für die theoretischen Standards der Disziplin.

Zum einen wird Nationalismus als eine „ethnopolitische Kategorie der Praxis“ mit der „Kategorie der sozialen Analyse“ (Brubaker 2002, S. 10) gleichgesetzt, wodurch die soziale Ontologie der Nationalisten (die „Welt-aus-Nationen“ Sicht) objektiviert und aufgewertet wird. Zum anderen werden durch die „Essentialisierung“ der Nationen die komplexen Prozesse ausgeblendet, durch welche nationale Sichtweisen in der politischen und sozialen Praxis formuliert, verbreitet, institutionalisiert, angefochten, heruntergespielt oder neuinterpretiert werden. Im Extremfall werden gar die hegelianischen Kulturmodelle revitalisiert und die nationalen bzw. ethnischen Gruppen zu den zentralen Akteuren der

¹⁰ als kollektive Akteure mit einem konstant hohem Grad an kultureller Homogenität, kollektiven Interessen und der Fähigkeit zum kollektiven Handeln.

historischen Entwicklungen erkoren. Damit wird nicht nur der „performative“ Charakter (Pierre Bourdieu) der nationalen politischen Repräsentationen grundlegend verkannt sondern ebenfalls die markanten Unterschiede zwischen der Intensität und den Inhalten der nationalen Repräsentationen der politischen Akteure und der „nationalen“ Wahrnehmung der allgemeinen Bevölkerung ausgeblendet. (*ibid.*)

Brubaker schlägt drei konzeptionelle Schritte vor, durch welche die analytische Sprache der „nationalen Gruppen“ überwunden werden kann. Erstens, Nationen, Ethnizität, Nationalismus etc. sind nicht als „Objekte in der Welt“ sondern als „Perspektiven auf die Welt“ zu betrachten (Brubaker 2004: S. 17). Sie sind *Kognitionen*, welche mittels der sozialen Kategorisierungsprozesse in den unterschiedlichsten Kontexten der sozialen Interaktionen zur Interpretation und Gestaltung der soziopolitischen Wirklichkeit eingesetzt werden (*Ibid:* S. 64-87; siehe auch Barth 1968). Zweitens, die nationalen Phänomene können am besten mit Hilfe der prozessualen, dynamischen und relationalen Konzepten erfasst werden, welche u.a. in der Theorie des sozialen Raums von Pierre Bourdieu entwickelt und popularisiert wurden (siehe auch Tilly 1998). In den Vordergrund der Analyse rücken demnach besonders die symbolischen Interaktionen der politischen Akteure mit unterschiedlichen Positionen in den sozialen Feldern, welche miteinander um die legitime Interpretation der soziopolitischen Wirklichkeit konkurrieren. Drittens, um die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten in den Wirkungsweisen der nationalen Kategorien innerhalb der politischen Arena und unter der allgemeinen Bevölkerung herauszuarbeiten, muss Hobsbawms Aufruf, Nationalismus von „Oben“ und von „Unten“ zu erforschen, beachtet werden.

Auf diesen Prämissen entwickelt Brubaker sein analytisches Programm. Nationalismus sei als die „Politik der Kategorien“ aus einer doppelten Perspektive von „Oben“ und von „Unten“ zu untersuchen. Dies bedeutet im Einzelnen:

We can study the politics of categories, both from above and from below. From above, we can focus on the ways in which categories are proposed, propagated, imposed, institutionalized, discursively articulated, organizationally entrenched and generally embedded in multifarious forms of “governmentality”. From below, we can study the “micropolitics” of categories, the ways in which the categorized appropriate, internalize, subvert, evade, or transform the categories that are imposed on them (Dominguez 1968). And drawing on advances in cognitive research, ethnomethodology, and conversation analysis, we can study the sociocognitive and

interactional processes through which categories are used by individuals to make sense of the social world, linked to stereotypical beliefs and expectations about category members, invested with emotional associations and evaluative judgements, deployed as resources in specific interactional contexts, and activated by situational triggers or cues. A focus on categories, in short, can illuminate the multifarious ways in which ethnicity, race and nationhood can exist and work without the existence of ethnic groups as substantial entities. (Brubaker 2004, S. 13)

In seiner Studie zur „nationalistischen Politik und der alltäglichen Ethnizität“ in der transsilvanischen Stadt Cluj-Napoca (Brubaker 2006) hat Brubaker sein Untersuchungsmodell um drei zeitliche Perspektiven ergänzt, durch welche die mannigfachen Wirkungs- und Erscheinungsformen der nationalen Weltsichten am besten beleuchtet werden können (siehe auch Sewell 1995). Die langfristige historische Perspektive ist notwendig, um die Entstehung und die Verbreitung der nationalen Kategorien während des „langen 19. Jahrhunderts“ nachzuvollziehen zu können. Durch die *longue durée* Analyse kann u.a. aufgezeigt werden, wie die „Politisierung der Kultur“ und die „Kulturalisierung der Politik“ schlussendlich zur nationalen Reorganisation des europäischen öffentlichen Raumes geführt haben. Die Studien der historischen Prozesse der Nationswerdung, welche zumeist mehrere Jahrhunderte überspannen, sind allerdings nur wenig geeignet, um u.a. die Fragen nach den Gründen für die Erfolge oder Misserfolge der Nationsbildungsprojekte oder nach den Ursachen der nationalen Konflikte zu beantworten. Ebenfalls kann die Analyse des Nationalismus von „Unten“ nur schwerlich durch makrostrukturelle historische Langschnittstudien bewältigt werden. Sie müssen daher um eine mittel- und eine kurzfristige Forschungsperspektive ergänzt werden.

Durch die mittelfristige temporäre Perspektive wird insbesondere die kausale Bedeutung der „einmaligen Ereignisse“ (coningent events) deutlich, welche von der Nationalismusforschung bisher nur wenig beachtet wurde (siehe auch Abbott 2001: S. 141). Dies ist insofern schwerwiegend, da die „einmaligen Ereignisse“ die Inhalte und die gesellschaftliche Relevanz (salience) der nationalen Kategorien nachhaltig prägen können. So können z.B. ein lokaler Ausbruch der „ethnischen“ Gewalt, ein terroristischer Akt oder lediglich eine Ankündigung von konstitutionellen Reformen zur intensiven Mobilisierung der nationalen Identifikationen der Bevölkerung führen. In solchen Momenten der hohen Gruppenkohäsion werden die nationalistischen Visionen der „Nation“ als ein kollektiver Akteur zum Teil verwirklicht. Wird dabei die Bevölkerung anhand von antagonistischen Darstellungen der nationalen „Anderen“ mobilisiert, dann sind soziale Segregation und fortschreitende kulturelle

Differenzierung die wahrscheinliche Folge.¹¹ Die „einmaligen Ereignisse“ können somit Prozesse auslösen, durch welche die strukturellen Bedingungen für nachhaltige ethnonationale Grenzziehungen (i.e. Nationsbildung) und langfristige nationale Konfliktlagen herausgebildet werden. Die Ergänzung der *longue durée* Analyse um eine mittelfristige „ereignisvolle“ (eventful) Perspektive ist daher nicht nur sinnvoll, um die „Ebenen und Fluten“ der nationalen Weltsichten in der Politik und der Öffentlichkeit zu berücksichtigen. Sie kann ebenfalls hilfreich sein, um die Bedingungen bzw. die Gründe für die Erfolge (oder die Ursachen für das Scheitern) der Projekte der Nationsbildung zu identifizieren. Die Sicht der Nation als ein Ereignis kann nicht zuletzt grundlegend zur Erforschung der Ursachen für ethnonationale Konflikte beitragen (Backovsky 2009).

Die lang- und mittelfristigen Dimensionen der Analyse reichen nicht aus, um das Wirken der nationalen Kategorien auf der mikroanalytischen Ebene ausreichend zu untersuchen. Wie beeinflussen die nationalen Wirklichkeitsinterpretationen die alltäglichen Verständnisse, Interessen und Handlungen der Individuen? Die *situationalistische* Perspektive fokussiert die flüchtigen Momente der sozialen Interaktionen, der Konversationen und Begegnungen, in welchen die ethnischen und nationalen Kategorien als kognitive *Schemen* und *Stereotypen* zur individuellen Interpretation der soziopolitischen Wirklichkeit, zur Interessendefinition und zur Handlungswahl aktiviert werden (siehe auch Esser 2002). Der Rekurs auf die kognitiven Ansätze der Psychologie, Sozialpsychologie, der kognitiven Anthropologie etc. ist besonders als eine Ergänzung des konstruktivistischen Forschungsprogramms notwendig, welcher zu oft die Zentralität der sozialen Konstruktionen postuliert, die unterliegenden Mechanismen und Funktionsweisen jedoch nicht weiter beachtet:

Cognitive Perspectives, broadly understood, can help advance the constructivist research on ethnicity, race, and nationhood, which has stalled in recent years as it has grown complacent with success. Instead of simply asserting *that* ethnicity, race, and nationhood are constructed, they can help specify *how* they are constructed. (Brubaker 2004: S. 18)

¹¹ Die Bedeutung der Revolutionen von 1789, 1848 oder 1989 für die Dynamik der Nationsbildungsprojekte ist nur schwerlich zu unterschätzen. Die Rolle der napoleonischen Expansionskriege für die Verbreitung der nationalen Sichtweisen und für eine nationale Mobilisierung der europäischen Bevölkerung ist ebenfalls weitgehend anerkannt. Aus dem gesamten Universum der möglichen Beispiele dürfte weiterhin u.a. die dualistische Reform der Habsburgischen Monarchie von 1867 und die folgenden Wahlrechtsreformen von 1873; 1882; 1893 und 1906 erwähnt werden, welche stets zur Intensivierung der Deutsch-Tschechischen Antagonismen in Böhmen beigetragen haben.

Eine detailliertere Diskussion des theoretischen Ansatzes von Rogers Brubaker (und anderen post-klassischen Autoren) wäre sicherlich notwendig, allerdings würde dies den Rahmen dieser Studie zunächst überschreiten. Zusammenfassend ist daher anzumerken, dass sein analytisches Framework Nationalismus als die „Politik der Kategorien“ konzeptualisiert, welche aus einer doppelten Perspektive (von „Oben“ und von „Unten“) und in drei temporären Dimensionen (*longue durée*, Nation als Ereignis und Situationalismus) zu untersuchen ist. Für die vorliegende Argumentation ist entscheidend, dass Brubakers theoretisches Modell, der Ansicht des Autors nach, die analytischen Probleme und die konzeptionellen Verwirrungen der „klassischen“ Nationalismustheorien erfolgreich überwindet. Er ist in der Lage, die Gesamtheit der nationalen Phänomene in einem einheitlichen Untersuchungsrahmen zusammenzubringen, ohne dabei die Heterogenität der Erscheinungsformen, Ursachen und Effekte des Nationalismus unzulässig zu reduzieren. Sollte diese Ansicht zutreffen, dann ist die Fortexistenz der analytischen „Oberkategorie“ Nationalismus gesichert und die Nationalismusforschung kann, mit schlagkräftigen analytischen Instrumenten ausgestattet, ihrer Zukunft mit einem (gesunden) Optimismus entgegen schauen.

5. Schlussanmerkungen

Die Befunde von Otto Dann über die Zukunft des Nationalismusbegriffs und seiner wissenschaftlichen Erforschung dürften vor dem Hintergrund der vorliegenden Studie neubewertet werden. Das scheinbare Desinteresse der neuen Generation der Historiker (und Sozialwissenschaftler) an dem Forschungsgegenstand ist, angesichts des andauernden Potentials der nationalistischen Politik auf dem europäischen Kontinent, ein Zustand, welchen es nach Möglichkeit zu überwinden gilt. Dabei verfügt die historische Nationalismusforschung nicht nur über ausreichendes empirisches Material sondern auch über vielversprechende theoretische Modelle, deren Gültigkeit jedoch bisher kaum auf den Prüfstand gestellt wurde. Die Bedingungen für eine ertragreiche Forschungstätigkeit dürften damit vorhanden sein. Eine „Wiederbelebung“ der Disziplin kann allerdings, aus der Sicht des Autors, nur dann erfolgen, wenn zwei Missstände grundsätzlicher Art bewältigt werden.

Zum einen gilt es, die kollektive Tendenz zum „methodologischen Nationalismus“ zu überwinden, welche scheinbar die Mehrheit der jüngeren Historiker davon abhält, das steigende politische Gewicht der national-populistischen Akteure auf dem europäischen

Kontinent als eine u.a. historiographische Problemstellung anzuerkennen. Zum anderen müssten die theoretischen Modelle der „post-klassischen“ Autoren stärker rezipiert werden, als es bisher der Fall war. Das Problem des geringen Bekanntheitsgrads der neuen Theorien des Nationalismus ist dabei nicht ausschließlich für die Wissenschaftspraxis in der Bundesrepublik Deutschland symptomatisch. Das Schlusswort soll daher einem weiteren, nur wenig beachteten, Nationalismusforscher der „post-klassischen“ Provenienz überlassen werden, dessen Analyse zur „Lage der Disziplin“ den Anspruch auf generelle Gültigkeit erheben darf:

At present, the field is saturated with a vast number of abstract theoretical works and individual histories with relatively little interaction between the two. Theorists of nationalism generally refrain from applying their ideas to particular nationalisms, contenting themselves with passing references to a limited number of cases for illustrative purposes. Historians of nationalism, on the other hand, remain innocent of recent theoretical developments in the field, embracing, more often than not, descriptive narratives of particular nationalisms. What we need is to bring the two together and test our theoretical frameworks against historical evidence, reformulating and improving our initial assumptions as we go along, enriching our analyses with empirical insights based on ‘real-life’ cases. (Özkirimli 2010: S. XX)